

Mercredi (matin) 4 juin 2014

Direction de la magistrature

47 2014.0593 Rapport

Rapport de la Commission de justice sur le rapport de gestion 2013 des autorités judiciaires et du Ministère public ainsi que sur le rapport d'activité 2013 des autorités judiciaires et du Ministère public et sur les visites administratives de 2014

La présidente. Nous passons à la Direction de la magistrature. Je salue Monsieur Thomas Müller, membre du Directoire de la Direction de la magistrature. Affaire n° 47 «Rapport de la Commission de justice sur le rapport de gestion 2013 des autorités judiciaires et du Ministère public ainsi que sur le rapport d'activité 2013 des autorités judiciaires et du Ministère public et sur les visites administratives de 2014». Je donne la parole à la présidente de la Commission de justice, Mme Gygax.

Monika Gygax-Böninger, Obersteckholz (PBD), présidente de la Commission de justice. Zuerst möchte ich mich für das Vertrauen bedanken, welches Sie mir mit der Wahl zur Präsidentin der Justizkommission (JuKo) wieder entgegengebracht haben. Vor etwas mehr als zwei Jahren habe ich das Präsidium als Nachfolgerin des verstorbenen Christoph Stalder übernommen und kann bestätigen, dass mir dieses Amt wirklich Freude bereitet. Der Ton innerhalb dieser Kommission, die guten Diskussionen und Gespräche sowie die offene und gegenseitig wertschätzende Zusammenarbeit mit den obersten Gerichten sind mir sehr wichtig. Ich freue mich deshalb, weiterhin in der neuen Zusammensetzung in diesem Gremium mitzuwirken.

Nun zum vorliegenden Geschäft: Die JuKo konnte mit dem vorliegenden Geschäftsbericht der Justiz zum zweiten Mal von einem positiven Rechnungsabschluss Kenntnis nehmen. Der Saldo der laufenden Rechnung 2013 liegt um 9,2 Mio. Franken unter den budgetierten Zahlen. Dem Minderbedarf von 0,6 Mio. Franken bei den Personalaufwendungen und von 5 Mio. Franken beim Sachaufwand steht einerseits ein Mehrbedarf von 2,1 Mio. Franken bei den Abschreibungen und von 2,6 Mio. Franken bei den internen Verrechnungen gegenüber. Auf der Ertragsseite sind die Mehrerträge bei den Entgelten mit 9 Mio. Franken hauptsächlich für den letztlich um 7,2 Prozent besseren Abschluss verantwortlich.

Die JuKo unterhält bekanntlich mit drei Ausschüssen den Kontakt zu den verschiedenen Einheiten der Justiz. Die Aufsichtsbesuche dienen dem persönlichen Kontakt mit den obersten Gerichtsbehörden; sie sind sehr wertvoll und werden gegenseitig geschätzt. Im direkten Gespräch können so die vielschichtigen Themen und Problempunkte besprochen werden. Ein Kernpunkt des Berichtsjahrs bildete das Personal der Justiz. Einmal mehr mussten wir feststellen, dass die Belastungen des Justizpersonals und zugleich auch die Stellenwechsel überdurchschnittlich hoch sind. Damit muss gleichzeitig festgehalten werden, dass die Situation nicht in allen Justizbereichen gleich dramatisch ist. Bei der Staatsanwaltschaft besteht – wie bereits im letzten Bericht dargestellt – der grösste Handlungsbedarf. Die JuKo und auch die Justizleitung erwarten diesbezüglich von der laufenden Evaluation zur personellen Dotierung der Justiz konkrete Antworten sowie umsetzbare Lösungsvorschläge. Der Schlussbericht soll im März des kommenden Jahres vorliegen. Die JuKo hat bereits in ihrem letztjährigen Bericht auf die teilweise grossen Defizite im Bereich der Personalsicherheit und damit auf die Sicherheitsmängel bei der Gebäudeinfrastruktur aufmerksam gemacht. Wenn ein Logenbereich frei und für jedermann zugänglich ist, ist dies für die Justiz schlichtweg ungut. Der eigene Handlungsspielraum der Justiz für die Umsetzung der Sicherheitsmassnahmen ist insbesondere eingeschränkt, wenn – wie bei der

Generalstaatsanwaltschaft, aber auch bei der Jugendanwaltschaft – die Räumlichkeiten im Mietverhältnis genutzt werden. Der JuKo scheint es ebenso unzumutbar, dass es beispielsweise bei der Steuerrekurskommission immer wieder zu Stromausfällen oder Heizungsunterbrüchen kommt, sodass das Arbeiten mühsam wird. Die JuKo verlangt diesbezüglich in nächster Zeit Veränderungen und Verbesserungen sowie die Bereitschaft des Amts für Grundstücke und Gebäude (AGG), diese aktiv und konstruktiv voranzutreiben. Ein weiteres Thema, welches die Justiz beschäftigt und belastet und mit welchem die Justizkommission immer wieder konfrontiert wird, sind die internen Verrechnungen von Haftkosten. Diese Kosten haben sich innerhalb der letzten vier Jahre beinahe verdoppelt. Im Jahr 2011 setzte die Staatsanwaltschaft noch 11 Mio. Franken im Budget ein; für das Jahr 2015 rechnet sie bereits mit 21,5 Mio. Franken. Die Gespräche unter den verschiedenen Parteien hinsichtlich einer pragmatischen, im Interesse des ganzen Kantons liegenden Lösung mit geringem Verwaltungsaufwand sind am Laufen. Die JuKo unterstützt diese Bestrebungen mit Vehemenz. Die Staatsanwaltschaft soll ihre Ressourcen für die effektiven Kernaufgaben einsetzen können und nicht für Verwaltungsleerläufe, die keinen tatsächlichen Nutzen haben. Abschliessend danke ich der Justizleitung namens der JuKo bestens für die offene, konstruktive und gute Zusammenarbeit. Wir können bestätigen, dass die Justiz bemüht ist, im Rahmen der Möglichkeiten und als Teil des Gesamthaushalts des Kantons Bern sowie mit den vorhandenen Ressourcen eine qualitativ gute Rechtspflege zu leisten. Diese wollen wir weiterhin gemeinsam erhalten. Gleichzeitig danke ich dem JuKo-Sekretariat für seine Vorbereitungs- und Schreivarbeiten im Zusammenhang mit dem vorliegenden Bericht und den Aufsichtsbesuchen. In diesem Sinn beantragt Ihnen die JuKo einstimmig die Genehmigung des Geschäftsberichts, die Kenntnisnahme des Tätigkeitsberichts 2013 der Gerichtsbehörden und der Staatsanwaltschaft sowie die Kenntnisnahme des Berichts der JuKo zu diesen Berichten.

La présidente. Y a-t-il encore un porte-parole qui aimerait s'exprimer sur ce rapport? – Ce n'est pas le cas, nous allons tout de suite voter. Celles et ceux qui acceptent la prise de connaissance du rapport votent oui, ceux qui la refusent votent non.

Vote

Décision du Grand Conseil :

Prise de connaissance

Oui 130

Non 0

Abstentions 0

La présidente. Vous avez accepté ce rapport à l'unanimité.